

Queerweg
Verein für Jena und Umgebung e.V.
Carl-von-Ossietzkystr. 36a
99423 Weimar

Hallo Queerweg!

Die folgenden Fragen wurden von Kandidat*innen für die Bundestagswahl mit Fachgebiet Geschlechterpolitik beantwortet. Die Antworten beruhen auf unserem Grundsatzprogramm, unserem Wahlprogramm und unserem Meinungsbildungswerkzeug LiquidFeedback. Für eine dieser Fragen hatte keine dieser Quellen eine Antwort, dort haben sie ihre persönliche Meinung notiert und das angemerkt.

Nachfragen und Anmerkungen gerne an lenarohrbach@gmail.com und andreas.pittrich@posteo.de.

Steuerrecht: In verschiedenen Steuerebenen wurde die Gleichstellung zwischen eingetragenen Lebenspartnerschaften und der Ehe umgesetzt. Im Einkommenssteuerrecht ist dieser Schritt noch nicht vollzogen. Dies bedeutet eine erhebliche Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften im Vergleich zu Ehen. Welche Position nehmen Sie hinsichtlich der Diskriminierungen im Steuerrecht ein?

Wir fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft – auch im Steuerrecht. Das Ehegattensplitting wollen wir abschaffen zugunsten einer Individualbesteuerung. Bis zur Abschaffung soll das Splitting aber gleichermaßen auch für eingetragene Partnerschaften gelten.

Wie positionieren Sie sich hinsichtlich der zu erwartenden Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht bezüglich der Steuerrechtsthematik? Welche konkreten Initiativen haben Sie unternommen oder sind ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

Angesichts der zuletzt kontinuierlichen Rechtsprechung pro Gleichstellung ist zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht sich wieder für eine (steuerrechtliche) Gleichstellung aussprechen wird. Das begrüßen und unterstützen wir. Da die PIRATEN noch nie im Bundestag saßen, konnten wir in der Vergangenheit leider nicht an Initiativen für eine Gesetzgebung zur Gleichstellung mitwirken. Sollten wir in den Bundestag kommen, werden wir das nachholen. :)

Adoptionsrecht: Eine gemeinsame Adoption durch eingetragene LebenspartnerInnen ist in Deutschland aktuell nur auf dem Umweg der Sukzessivadoption möglich. Welchen weiteren Anpassungsbedarf sehen Sie in der Gesetzgebung zum Adoptionsrecht?

Wir fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft – auch beim Adoptionsrecht. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren (auch ohne Umwege) und aufziehen dürfen. Das schließt die kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren, mit ein.

Welche konkreten Initiativen haben Sie unternommen oder sind ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

Auch hier hatten wir bisher wenig Gelegenheit, da wir noch nicht im Bundestag saßen, würden das aber liebend gern ändern. Wir unterstützen kontinuierlich Demonstrationen, Straßenfeste etc., die Gleichstellung auch in diesem Bereich fordern, aber wir vermuten, das ist nicht wirklich, worauf die Frage abzielt.

Wie stehen Sie zur generellen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe bzw. zur Öffnung der Ehe für nichtheterosexuelle Menschen?

Wir sind für die Öffnung der Ehe für nicht-heterosexuelle Menschen - und die Öffnung der eingetragenen Lebenspartnerschaft für Heteros. Ehe und eingetragene Partnerschaft wollen wir rechtlich vollständig gleichstellen. Auch an polyamore Partnerschaften haben wir gedacht, deshalb soll die eingetragene Lebenspartnerschaft ausgebaut werden, um über ihren monogamen Anspruch hinaus auch das Zusammenleben von mehr als zwei Personen rechtlich zu regeln. So können sich auch polyamore Partner*innen einen "rechtlichen Rahmen" geben, aber auch Menschen, die nicht romantisch verbandelt sind, aber trotzdem füreinander Verantwortung übernehmen - z.B. Freund*innen, Wohngemeinschaften oder Kommunen.

Welche konkreten Initiativen haben Sie unternommen oder sind Ihrerseits in Planung, damit die entsprechenden Gesetze und Vorschriften verändert werden?

Siehe obige Antworten auf verwandte Fragen.

Am 23.2.2012 hat der deutsche Ethikrat eine Stellungnahme zur Situation intersexueller Menschen in Deutschland veröffentlicht. Welche Änderungen halten Sie für sinnvoll und welche Initiativen haben und werden Sie ergreifen, um die aktuelle Situation zu verändern?

Wir haben folgende politische Ziele, die die Situation intersexueller Menschen betreffen oder (je nach Geschlechtsidentität) betreffen können:

- * Das Merkmal "Geschlecht" soll nicht länger durch staatliche Behörden erfasst werden. Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von "männlich" und "weiblich" möglich sein muss.
- * Einen Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen lehnen wir ab. Änderungen des eigenen Vornamens sollen unbürokratisch per Antrag möglich sein – unabhängig vom Geschlecht.
- * Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Begriffe "Mutter" und "Vater" in familienrechtlichen Verwaltungsvorgängen nur dann zu verwenden, wenn der jeweilige Vorgang unabdingbar mit dem biologischen Geschlecht verknüpft ist. In allen anderen Verwaltungsvorgängen sollen geschlechtsneutrale Bezeichnung wie "Elternteil" verwendet werden.
- * Geschlechtszuordnende und genitalkosmetische Operationen bei intersexuellen Kindern wollen wir verbieten, da sie ihre geschlechtliche Selbstbestimmung verletzen. Stattdessen ist abzuwarten, bis sich die Betroffenen selbst zu ihrer Geschlechtsidentität äußern können.

* Wenn intersexuelle Erwachsene chirurgische Behandlungen selbst wünschen, zum Beispiel als Angleichung an eine binäre Geschlechtsidentität, setzen wir uns für eine selbstbestimmte und umfassende Behandlung ein, die von den Krankenkassen vollständig übernommen wird.

Da wir noch nicht im Bundestag sitzen und auf Landes- und Kommunalebene in Oppositionsrollen sind, hatten wir noch keine Gelegenheit, "große Entwürfe" umzusetzen. Wir haben aber aktiv die Protestaktionen von intersexuellen Menschen gegen Operationen an Kindern unterstützt. In einem Kommunalparlament haben wir die Einführung von all gender Toiletten in öffentlichen Gebäuden durchgesetzt. Menschen, die sich nicht in die binäre Geschlechterordnung einordnen wollen oder können, müssen dies dann zumindest an dieser Stelle auch nicht mehr tun. (Dies betrifft intersexuelle Menschen natürlich nur dann, wenn ihre Geschlechtsidentität nicht binär verortet ist.)

- **Wie stehen Sie zu Änderungen des Personenstandsrechts, weg von den aktuell gängigen binären Geschlechtszuordnungen? (z.B. Handhabung von Geschlechtseinträgen)**

Wir vertreten die Position, dass staatliche Behörden das Merkmal "Geschlecht" überhaupt nicht erfassen sollten. Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von "männlich" und "weiblich" möglich sein muss.

- **Welche Maßnahmen unterstützen Sie, um unnötige chirurgische Behandlungen von intersexuellen Menschen zu vermeiden? Welches Vorgehen halten Sie für bereits in der Vergangenheit verursachtes Leid für angemessen?**

Geschlechtszuordnende und genitalkosmetische Operationen bei intersexuellen Kindern wollen wir verbieten, da sie ihre geschlechtliche Selbstbestimmung verletzen. Stattdessen ist abzuwarten, bis sich die Betroffenen selbst zu ihrer Geschlechtsidentität äußern können.

Die Frage nach einer möglichen Entschädigung für vergangenes Leid können wir leider noch nicht beantworten, da wir eine basisdemokratische Partei sind und hierzu noch keine Abstimmung stattgefunden hat. Die Bundestagskandidat*innen mit dem Fachgebiet Geschlechterpolitik, die diese Wahlprüfsteine beantwortet haben, sind aber persönlich sehr für eine solche Entschädigung. Dabei würden sie Entschädigungsfonds bevorzugen, da manchen Betroffenen für individuelle Klagen Ressourcen und Kraft fehlen könnten und Prozesse zu Re-Traumatisierungen führen können.

Erweiterung Artikel 3 GG: Es gibt verschiedene Initiativen, den Art. 3 GG um die Formulierung "sexuelle Identität" zu erweitern.

Welche Position nimmt Ihre Partei ein?

Die PIRATEN sind dafür!

Welche weiteren Themenfelder sehen Sie in denen eine Diskriminierung lesbisch, schwuler, trans* und intersexueller Menschen besteht? Welche Initiativen und Maßnahmen (z.B. in der politischen Arbeit, bundesweite Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungskampagnen, Weiterbildung von Fachleuten, Förderung von Interessensvertretungen) werden Sie ergreifen um diese Diskriminierungen zu beseitigen?

* §175:

Wir treten ein für die Generalrehabilitierung und die vollständige Aufhebung der §175-Urteile von über 50.000 Schwulen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung nach 1945 vom Staat verfolgt worden sind. Es ist zu prüfen, ob den Opfern Schadensersatz gezahlt werden sollte und in welcher Höhe.

* Trans*:

Transsexualität ist keine psychische Krankheit. Eine Erfassung von Transsexualität als Diagnose in Kategorisierungswerken für psychische Krankheiten (z.B. F64.0 und F64.2 im ICD10 bzw. 302.85 und 302.6 DSM IV) lehnen wir deshalb ab.

Wir setzen uns für eine selbstbestimmte und umfassende geschlechtsangleichende Behandlung von transsexuellen Menschen ein, die von den Krankenkassen vollständig übernommen wird. Die sekundären Geschlechtsmerkmale (Gesicht, Stimme, Brüste, etc.) sind dabei für das Sozialleben von besonderer Bedeutung. Jugendlichen Transsexuellen muss eine pubertätsstoppende Therapie ermöglicht werden, um die Geschlechtsmerkmale, die nicht dem Identitätsgeschlecht entsprechen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Ansprüche auf professionelle Beratung und Unterstützung sollten daher im Rahmen des Kinder- und Jugendgesetzes verankert werden.

* Asylrecht:

Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. Wenn eine derartige Verfolgung im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell von staatlicher oder nichtstaatlicher Seite betrieben wird, muss sie als Asylgrund anerkannt werden. Die Piratenpartei setzt sich für eine Entscheidungspraxis beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein, die von den Betroffenen keinen Nachweis ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung verlangt (wie es im Moment leider oft der Fall ist). Ein solcher Nachweis ist nicht möglich, der Versuch entwürdigend. Die Selbstauskunft der Betroffenen muss genügen.

* Bildung:

Studien zeigen leider, dass Schulbücher und Unterricht stark heteronormativ sind.

Nichtheterosexuelle und queere Lebensweisen und Identitäten müssen auch im Unterricht auftauchen, um Vielfalt zu zeigen und Respekt zu fördern. (Das geschieht außerdem durch die Dinge, die ihr in der Frage nennt: Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungskampagnen, Weiterbildungen, Support von queeren Initiativen - finden wir auch alles gut.)